

sten der DDR in Moskau in einem Brief an Genossen Krenz dargelegt. Damit bin ich einverstanden.

Allerdings muß ich auch feststellen, daß trotz der ablehnenden Haltung des Politbüros und auch anderer Genossen zur Politik der Umgestaltung, der Offenheit und Demokratisierung in der UdSSR unsere Zusammenarbeit auf einem hohen Niveau gehalten werden konnte. Die DDR blieb auch in den vergangenen Jahren ein wichtiger Verbündeter und der größte Handelspartner der UdSSR. Wir konnten unsere Beziehungen auf vielen Gebieten weiter ausbauen. Das ist das Verdienst von Tausenden Genossen und Bürgern in der UdSSR und der DDR, die trotz der bestehenden Probleme an der Erhaltung der Freundschaft und Zusammenarbeit aktiv mitgewirkt haben.

Wahrheit ist jedoch auch, daß wir die vorhandenen Möglichkeiten zur Vertiefung unserer Zusammenarbeit im Interesse der DDR nicht genutzt haben, neuen Formen der Zusammenarbeit ablehnend gegenüberstanden. Es ist ermunternd, daß aus den DDR-Kollektiven in der UdSSR viele Vorschläge, Ideen und Anregungen kommen, wie die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR weiter vertieft werden können.

Bereits auf der 9. Tagung des ZK der SED wurde eine ehrliche selbstkritische Analyse der Ursachen der Fehler und der gegenwärtigen Lage gefordert. Es zeigt sich:

1. Unsere Partei hat das Vertrauen großer Teile, wenn nicht der Mehrheit unseres Volkes verloren. Für die entstandene Situation wird das bisherige Politbüro und das Zentralkomitee der SED verantwortlich gemacht. Das gleiche gilt für die Bezirks- und Kreisleitungen unserer Partei, besonders für die 1. Sekretäre. Wir handeln bereits unter dem Zwang der Ereignisse.

Aufgrund unseres langen Schweigens, des Fehlens eines Aktionsprogramms ist unsere Partei ideologisch gespalten, ein einheitliches, geschlossenes Handeln ist gegenwärtig nicht gegeben. Die Disziplin läßt nach. Wir sind immer noch in der Defensive. Entscheidend ist, daß immer stärker die Forderung nach Aufgabe der führenden Rolle der Partei, nach Beseitigung des Artikels 1 der Verfassung laut wird.

2. Wie die Genossen aus den Bezirken bestätigen, herrscht vor Ort faktisch eine Doppelherrschaft. Befreundete Parteien, gesellschaftliche Bewegungen, Bürgerinitiativen fordern ihr Mitspracherecht und die wirkliche Beteiligung in legislativen und exekutiven Organen des Staates (Volkskammer, Regierung, örtliche Organe). Sie stützen sich auf bisher nicht gekannte Massenaktionen (Demonstrationen und Meetings) und üben damit einen ständigen Druck auf unsere Partei und die Staatsorgane aus.